

## ***Kolumbien-aktuell***

**No. 437      14. September 2006**

### **Schwerpunkt: Umweltpolitik**

#### **1. Politik:**

- **Die neue Umweltpolitik**
- **Die Hügel um Bogotá – Geschichte, Konflikte und Widerstand**

#### **2. Menschenrechte:**

- **Die Tragödie des Bogotá-Flusses**
- **Abschluss der 1. Kampagne zur Verteidigung des Wassers**

#### ***Leitungsequipe:***

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

#### ***Direktion:***

Natalia Rey

#### ***Redaktion:***

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camino Tamayo

#### ***Gestaltung der Website:***

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinep.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinep.org.co)

#### ***Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:***

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz  
e-mail: [askluzern@datacomm.ch](mailto:askluzern@datacomm.ch); Internet: [www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

### **1. Politik: Die neue Umweltpolitik**

***Trotz des von Präsident Uribe geäusserten Interesses an ökologischen Themen ist die jüngste Umweltpolitik von der Logik der politischen Interessen und der Unternehmerinteressen geleitet.***

*Von Julio Carrizosa Umaña, Naturwissenschaftler*

In den letzten vier Jahren ist die Grundlage einer neuen Umweltpolitik gelegt worden, welche sich durch einen geringeren Einfluss des Staates, der Wissenschaft und der Umweltbewegungen und eine grössere Macht der politischen und unternehmerischen Interessen auszeichnet. In den letzten Monaten hat das Ministerium für Umwelt, Wohnung und territoriale Entwicklung einen Prozess in Gang gesetzt, um diese neue Politik auch in den Gesetzen und der Administration zu verankern. So wurden die Gesetze über erneuerbare Ressourcen und den Umweltschutz modifiziert und die Abteilung für Ökosysteme im Umweltministerium wurde aufgehoben.

Im theoretischen Bereich scheint die neue Politik der ideologischen Ausrichtung des Utilitarismus und des ökonomisch-politischen Modells des Neoliberalismus zu folgen. Damit nähert sie sich den Positionen der Umweltpolitik von US-Präsident Bush an und entfernt sich von den jüngsten Erfahrungen in Kolumbien und anderen lateinamerikanischen Ländern. In dieser neuen Ausrichtung

wird die Umwelt als eine Gesamtheit von natürlichen Ressourcen gesehen, die wirtschaftlich genutzt werden sollen und wodurch die Unternehmer zum mächtigsten Akteur werden. Das Konzept des Ökosystems verschwindet und die sog. „Befehls- und Kontrollinstrumente“ verlieren an Bedeutung, ebenso die Meinungen und der Druck von akademischen Kreisen, von indigenen Gemeinschaften, von Umwelt- und Basisorganisationen. So verschwinden die Heterogenität und der Pluralismus, welcher in den Gesetzen von 1974 und im Gesetz 99 von 1993 festgelegt worden waren und in denen alle Akteure und alle Instrumente mit ähnlichem Gewicht behandelt wurden. Dadurch wurden pragmatische Positionen vor ideologischen Haltungen begünstigt.

Die im Ministerium durchgeführten Schritte zeigen uns die Schwere dieses Kurswechsels auf. Während den ersten Regierungsmonaten von Uribe wurden die Regionalen Körperschaften unter Druck gesetzt, um Personal abzubauen. Dabei folgte man dem Konzept der Industrie nach der Maximierung der Produktivität der Arbeitenden und vergass, dass der Umweltschutz den persönlichen Kontakt des Beamten mit den tatsächlichen Problemen braucht. Soll eine effektive Arbeit geleistet werden, so ist diese personalintensiv. In den gleichen Monaten verankerte das Ministerium verschiedene Allianzen mit Unternehmerkreisen, so u.a. den Bergbau zur Gewinnung von Baumaterialien und versuchte komplexe Probleme mit zentralisierten technischen Instrumenten zu lösen. Dies führte zu überraschenden Fehlern, so z.B. zur Ausweitung der Bergbauzone in eine Umweltzone einer Gemeinde im Falle von Tabio, wo der Kiesabbau ähnliche Umweltschäden verursacht wie im Süden von Bogotá.

Das Ministerium fällt vor August 2006 einige Entscheide, welche den Empfehlungen der nationalen Umweltforschungsinstitute und der eigenen Beamten entgegen gesetzt waren. Es wird gemunkelt, dass der Weg, welcher zu diesen Entscheiden führte, weder korrekt noch transparent war, so z.B. bei den Entscheiden, welche zur Änderung der Verordnung über den Import von gefährlichen Abfällen und zur Bewilligung des Hafenausbaus von Dibulla führten. Das Hauptinteresse des Ministeriums für Umwelt, Wohnung und territoriale Entwicklung in den ersten Jahren der Regierungszeit von Uribe bestand in der Durchsetzung des Waldgesetzes (Ley Forestal) und in der Unterstützung zur Schaffung eines Wassergesetzes (Ley de Aguas). Mit diesen beiden Gesetzen wird die Umweltgesetzgebung von 1974 und des Gesetzes 99 von 1993 hinfällig. Beide Gesetze folgen einer Vision, welche die Umwelt als eine Gesamtheit von natürlichen Ressourcen sieht und nicht als ein komplexes System. Durch diese Vision wird die Umwelt zu einer Ware, dies ganz im Sinne des neoliberalen Denkens.

Diese neuen Positionen werden von einigen Funktionären mit dem Argument verteidigt, dass es darum gehe, eine nachhaltige Entwicklung zu verfolgen, wie sie im Gesetz 99 von 1993 festgelegt worden sei. Zudem handle das Ministerium gemäss seinen neuen Strukturen, das ihm Funktionen in Bezug auf die territoriale Entwicklung, den Wohnungsbau und das Trinkwasser zuweist. Doch in allen Modellen der nachhaltigen Entwicklung sind ökologische und soziale Gesichtspunkte und der Interessenausgleich zwischen verschiedenen Kreisen grundlegende Punkte. Doch das Ministerium hat kein Interesse gezeigt, seine verschiedenen Abteilungen wirklich zu koordinieren, wie es im Fall der Besiedlung von Territorium möglich wäre. Es hat auch nie mit der notwendigen Kraft und rechtzeitig schweren Schädigungen des Ökosystems und deren Folgen auf ethnische Gemeinschaften präventiv entgegen gewirkt, so z.B. im Falle der Ölpalmpflanzungen auf afrokolumbianischem Territorium im Chocó.

Diese Tendenz wird im Dokument der Regierung und der Planungsabteilung – 2019 Vision Kolumbien 2. Jahrhundert - , welches als Leitlinie für die kommenden 13 Jahre gelten soll, noch verstärkt. Darin wird die Vision der Umwelt als eine Gesamtheit von erneuerbaren Ressourcen festgehalten und Politiken für deren wirtschaftliche Ausbeutung entworfen. Grenzen werden keine gesehen, d.h. die Grundpostulate der nachhaltigen Entwicklung werden in diesem Dokument schlicht vergessen. Vielmehr geht es darum, das Land und seine Rohstoffe und Güter möglichen ausländischen Investoren zu verkaufen, wobei ein falsches Bild über das Vorhandensein von „gigantischen und unerschlossenen Ressourcen“ im Meer, den Regenwäldern, im Boden und in den verschiedenen geologischen Formationen verbreitet wird. Verschiedene Studien kolumbianischer und ausländischer Wissenschaftler haben das Vorhandensein dieser gigantischen Vorkommen dementiert.

Eine ganzheitliche und komplexe Sicht unseres Territoriums als ein guter Ort zu leben und sich zu erholen verschwindet gegenüber der Besessenheit, grosse Geschäfte zu fördern, zu übertreiben, was man besitzt und Unvorsichtige mit der gleichen Rhetorik zu begeistern, mit welcher man während vieler Generationen die enormen geografischen und sozialen Schwierigkeiten versteckt hat. Wichtig für die Regierung ist es, sich an ihr Dogma zu halten, darauf zu beharren, dass Kolumbien nur ein weiter flacher Raum ist, auf dem sich die von Shumpeter im Jahr 1911 beschriebenen Prozesse zu vollziehen haben, egal welche ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten durch diese scheiternden Megaprojekte verursacht werden.

Es ist offensichtlich, dass diese neue Ausrichtung exakt der herrschenden ideologischen Ausrichtung der Regierung Uribe folgt und es naiv wäre, etwas anderes zu erwarten. So haben auch in den von Uribe einberufenen sog. Gemeinschaftsräten vor allem Unternehmer und lokale Politiker das Sagen, während alle Minderheitenbewegungen, so die Indigenen, die Vertriebenen, die Umweltorganisationen und Gewerkschaften zu den Verlierern gehören. Dies alles, obwohl Uribe selber immer wieder sein Interesse an ökologischen und sozialen Themen betont.

Doch die Angst als naiv bezeichnet zu werden, darf die Verantwortung nicht verdrängen, die uns allen zukommt, aus der Opposition und aus dieser Minderheit heraus anzuklagen, dass die Umweltpolitik auf die armseligen und unvollkommenen Mechanismen des Marktes reduziert wird und dem altruistischen Willen der Unternehmer ausgeliefert wird.

### **Die Hügel um Bogotá – Geschichte, Konflikte und Widerstand**

*Die Geschichte der Hügel um Bogotá ist gekennzeichnet durch den Zusammenprall von Interessen, Ideologien und Institutionen.*

*Von Maria del Rosario Saavedra, Risikosoziologin und Forscherin am CINEP*

Die östlichen Hügel von Bogotá sind Teil des Schutzgebietes der Hauptstadt wie auch ein nationales Umweltschutzgebiet. Zudem sind sie Teil der geschützten Waldreserven Bogotás. Sie gelten als Umwelterbe, dies u.a. aufgrund ihres Reichtums an Wasser, Flora und Fauna, Landschaftstypen und der Präsenz einer Bevölkerung, die seit jeher diese Region geschützt, verteidigt und sich gegen willkürliche Vertreibungen zur Wehr gesetzt hat.

Das Wasser, welches 20 Mio. EinwohnerInnen des Zentrums des Landes versorgt – Bogotá, Cundinamarca, Boyacá, Meta – kommt aus den östlichen Hügeln Bogotás.

Trotz dieser strategischen Bedeutung für Bogotá und die Region besteht die grösste Gefahr in der fehlenden Sensibilität jener, welche Entscheide bezüglich ihres Schutzes und Erhaltung erlassen. So werden von der Regionalen Körperschaft von Cundinamarca derart absurde Massnahmen wie die Umsiedlung von 93'000 in diesem Gebiet lebenden Personen gefordert.

Als Humboldt im Jahre 1803 Bogotá besuchte, hielt er mit Erstaunen und Schmerz fest, dass es zwischen Tunja und Bogotá kaum mehr Wald gab. Die Wälder waren abgeholzt worden um Weideland zu gewinnen, die Ziegelbrennereien mit Brennstoff zu versorgen, um zu heizen und zu kochen. Die Marktinteressen standen immer über dem natürlichen Reichtum und der Artenvielfalt.

Die Hügel im Osten von Bogotá standen immer inmitten von Konflikten verschiedener Interessengruppen, insbesondere der Städteplaner und der Umweltbehörden.

Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts bewohnten 100'000 Menschen Bogotá. Die Hauptstrasse verlief entlang der Hügel von Süden nach Norden und hiess Calle Real, Weg nach Tunja, später dann nördliche Zentralstrasse und heute ist es die Carrera Septima, die 7. Strasse. Die Häuser begannen in der 1. Strasse und reichten bis zur deutschen Bierfabrik Bavaria, dort begannen die Felder und das Weideland.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Jairo Chaparro, Dian Milena Mendoza, Berky Mary Pulido, Un siglo habitando los Cerros, Gemeindeverwaltung Chapinero, 1997

Jene, die sich entschieden, diese Stadtgrenzen und den Fluss Arzobispo (Erzbischof, Calle 39) zu überschreiten und Richtung Chapinero im Norden zu siedeln, konnten in der Ferne die Rauchsäulen der Ziegelbrennereien sehen, wo Männer, Frauen und Kinder, die erst neu aus den entlegenen Dörfern Boyacas und Cundinamarca gekommen waren, den Lehm der nahen Hügel abbauten, um ihn mittels des Feuers in Backsteine zu verwandeln. Diese waren notwendig für den Bau neuer Häuser in der Stadt.

### **Auseinandersetzung um die Hügel Bogotá**

Die Auseinandersetzung um die Hügel wurde von zwei entgegengesetzten Tendenzen gekennzeichnet. Ein Tendenz könnte als „orthodoxe Schutzvariante“ bezeichnet werden, bei der die dort lebende Bevölkerung der untersten Einkommenschichten überflüssig ist. Diese müsste umgesiedelt werden, da sie auf dem besten Boden Bogotá lebt, wo die sauberste Luft geatmet, das reinste Wasser und die schönsten Landschaften genossen werden können. Wer so denkt, scheint die dortige Bevölkerung nicht als Teil des Lebens in diesem Gebiet zu betrachten. Dann ist auch der wilde Kapitalismus mit seinen neoliberalen Protagonisten, die in jedem Stück Land die Möglichkeit für Luxusbauten und gewinnträchtige Tourismusprojekte wittern. Es ist bisher nicht möglich gewesen, den Vorschlag von „bewohnten und geschützten“ Hügeln durchzusetzen.

Dazu kommt die Schwierigkeit auf ein gesundes Urteil der Umweltbehörden vertrauen zu können. Seit INDERENA an die Regionale Körperschaft die Administration und Handhabung der Waldreserven mittels eines Abkommens im Jahr 1976 übertragen hat, gibt es eine Vielzahl von Resolutionen und Beschlüssen, die diese Resolutionen wieder aufhoben. Es ist praktisch unmöglich klar zu sagen, welche Gesetzgebung gilt. Vielmehr sind die Reglementierungen je nach der politischen und wirtschaftlichen Konjunktur ausgerichtet und zeigen die grossen Defizite der Regierenden auf, welche das Land und die Stadt mit einer ausschliessenden und nicht nachhaltigen Vision geführt haben. Die Resultate dieser nicht-nachhaltigen Politik sind in den Hügeln Bogotá bereits sichtbar: So die Schäden durch übermässige Urbanisierung und den Bau von Hochhäusern, Restaurants, Armeestationen, Schulen, Universitäten, Ausbeutung von Lehmgruben, etc.

Die Hügel müssten nicht mit einem privaten und lukrativen Blick betrachtet werden, wie sie von jenen gesehen werden, welche die Politik bestimmt haben. Vielmehr müssten die Hügel als ein Territorium gesehen werden, in denen es eine städtische Entwicklung gibt und wo dieser Grenzen gesetzt und Schutzgebiete erlassen werden müssen. Natur und Kultur, Menschen und empfindliche Ökosysteme in Einklang zu bringen – darum ginge es. Es geht nicht darum, jenen mit der Vertreibung zu drohen, die aufgrund ihrer Armut besonders verletzlich sind und seit langem hier wohnen. Viele von ihnen haben auch zum Schutz der Hügel beigetragen. Ihr Stück Land war nicht Produkt einer illegalen Landnahme, sondern war die Bezahlung für Arbeit auf den Grossgrundbetrieben oder den Ziegelbrennereien.

Es muss ein Gesetz über die Hügel geben, einen Blick auf die urbanen und ländlichen Gebiete dieser Hügel wie auch auf die verschiedenen Ökosysteme. Um die Hügel kommt es auch zu Kompetenzkollisionen zwischen dem Distrikt Bogotá, der Stadtplanung und der Regionalen Körperschaft und dem Umweltministerium. Nationale Interessen scheinen die Interessen des Distrikts zu bodigen.

So wurde z.B. die Definition der „Geschützten Waldreserve“ nicht registriert. Dieses Vakuum nutzen Städtebauer, Baufirmen und Invasoren zugunsten ihres Geldbeutels aus. Das Administrativgericht von Cundinamarca erliess eine Resolution, um zu verhindern, dass auf diesem Weg die Erschliessung der Hügel bewilligt wird. Doch trotz dieser Schutzbestimmung erliess die Umweltministerin Sandra Suárez im Jahr 2005 die Resolution 0463 von 2005, durch welche rund 1'000 Hektaren aus dem Schutzgebiet heraus genommen werden: 400 für Arbeiterviertel und 600 für Luxusviertel. Bekannte Städtebauer haben sich die Rechte gekauft – unterstützt von der Nationalregierung – welche ihnen erlauben, das Recht der BogotanerInnen auf ein gemeinsames Gut zu verspotten.

Den Bemühungen der örtlichen Behörden, die Interessen der BewohnerInnen und des Schutzes der Hügel, das Recht auf eine würdige Wohnung und auf Leben in Einklang zu bringen, sind enge Grenzen gesetzt. Denn die Regionale Körperschaft und das Umweltministerium gehen darüber hinweg wie ein Bulldozer, dies mit dem Argument, dass die Hügel ein Erbe der Nation sind.

Die Zukunft der Hügel um Bogotá ist ungewiss. Sie ist jedoch eng mit jenen verknüpft, welche von den Entscheiden besonders betroffen sind und nachhaltige Lösungen suchen. Dazu sind Prozesse der Bildung, Organisation und Mobilisierung im Gange, damit eine Abstimmung der Vorschläge gemacht werden kann, damit das öffentliche Gut über individuelle und private Interessen obsiegt.

## **2. Menschenrechte: Die Tragödie des Bogotá-Flusses**

*Der Präsident der Stiftung Río Urbano analysiert die geringe Umsetzbarkeit des Projektes zur Sanierung des Flusses Bogotá.*

*Von Germán García Durán, Präsident der Stiftung Río Urbano*

Während der letzten 50 Jahre wurde jedes Jahr das Problem des Bogotá-Flusses als eines der schwerwiegendsten Umweltprobleme des Landes breitgewalzt. In den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde aufgrund der immer kritischeren Verschmutzung des Flusses eine ausländische Firma beauftragt, Lösungen zu erarbeiten. Dies war nur der Auftakt für eine ganze Reihe von Studien, die in der Regel alle zehn Jahre wiederum neu aufgerollt wurden. Sie alle zeigen einen immer stärker verschmutzten Fluss – ein eigentlicher Abwasserfluss – ohne dass jedoch wirksame Massnahmen zur Sanierung getroffen wurden, auch wenn man die traurig-berühmte Abwasserreinigungsanlage Salitre (PTAR) miteinberechnet, die nur die Abwasser eines Teil dieses Sektors ungenügend und unvollständig klärt.

Die Kläranlage Salitre ist der sichtbare Beweis eines vor zehn Jahren verübten schwerwiegenden Fehlers der Hauptstadt. Damals erwarb die Stadt importierte Technologien für die Abwasserreinigung, die jedoch schwer an die physischen und biologischen Bedingungen von Bogotá angepasst werden konnten.

Es gibt keine Stadt auf der Welt von vergleichbarer Grösse mit Bogotá und auf gleicher oder grösserer Höhe gelegen, welche diese Verfahren benutzt, die für Städte auf Meereshöhe oder zumindest unter 2000 Meter über Meer konzipiert wurden. Wo liegt das Problem? Die mechanischen Prozesse, wie sie in dieser Kläranlage bestehen, brauchen auf der Höhe von Bogotá mit rund 2'600 Metern über Meer viel mehr Kraft und Energie, wodurch sie höchst teuer werden. Die biologischen Systeme sind zudem aufgrund der Höhe ungenügend, dies aufgrund der tiefen Wassertemperaturen der Savanne von Bogotá. Auch dies ist letztlich wiederum ein Problem der Höhe.

Daher ist die Technologie der Kläranlagen des Typs wie sie in Bogotá verwendet werden für Städte auf dieser Höhe unwirtschaftlich. Wie dieses Problem überwunden werden könnte, hat die Stadt Mexiko-City gezeigt, die auf einer Höhe von rund 2'200 MüM liegt. Mexiko-City sammelt über ein unterirdisches Kanalsystem die Abwasser der Stadt und leitet sie in einen Stausee, welcher tiefer gelegen ist. Dort werden die Abwasser vorbehandelt und dann in noch tiefer gelegene Kläranlagen geleitet.

Bogotá wollte technologisch nicht hintan stehen und entschied sich für ein Klärsystem, wie es in New York, Paris, Rom oder Moskau verwendet wird. Dabei wurde nicht in Betracht gezogen, dass die Höhe es schwierig machen wird, diese Systeme an die Bedingungen Bogotás anzupassen. Es sei denn, die Abwasser würden wie im Fall von Mexiko-City in tiefer gelegene Regionen geleitet.

Dies war in einer der zahlreichen Studien zur Reinigung der Abwasser Bogotás auch empfohlen worden. Das internationale Konsortium CDM-CEI-PLANHIDRO untersuchte in seinen Studien in den Jahren 1972-74 alternative Möglichkeiten, da derartige Mengen von Abwassern wie sie in Bogotá anfallen auf dieser Höhe nicht wirtschaftlich gereinigt werden können. Die Firma schlug vor, die Abwasser über ein Kanalsystem aufzufangen und in eine Region in der Nähe des Magdalenaflusses zu leiten, wo ideale Höhen- und Temperaturbedingungen herrschten, und sie dort mittels der Methode von belüfteten Lagunen zu behandeln. Die Einsparung wäre enorm, die Betriebskosten wurden auf rund 10 Prozent geschätzt im Vergleich zu einer Klärung der Abwasser auf der Höhe von Bogotá. Trotzdem entschied man sich gegen diesen Vorschlag.

Es ist nicht die Zeit, um über frühere Fehlentscheide zu jammern, denn trotz der Fehler des ausgewählten Systems hat Bogotá grosse Fortschritte bei der Planung und Umsetzung dieses Systems gemacht, wie die Kläranlage Salitre zeigt. Es ist geplant, die Leistung dieser Kläranlage zu verdoppeln, damit mindestens die Abwasser des ganzen Sektors geklärt werden. Danach ist der Bau einer 2. Etappe vorgesehen, welche den Reinigungsgrad von rund 30% auf 80% erhöhen soll.

Die Kläranlage Salitre, welche nur einen Drittel der Abwasser Bogotás klärt, soll durch eine weitere Kläranlage in Canoas in der Nähe von Soacha ergänzt werden, um so wenn möglich die anderen zwei Drittel zu behandeln. Die Gesamtkosten für diesen Ausbau belaufen sich auf schätzungsweise 3 Mrd. US-Dollar, was die Stadt – auch mit Unterstützung der Nation – nur schwerlich wird aufbringen können.

Auch wenn diese enormen Kosten getätigt werden, könnten die BewohnerInnen Bogotás zufrieden sein, wenn damit der Bogotá-Fluss saniert und der Magdalena-Fluss angemessen geschützt werden können. Dem ist aber leider nicht so. Auch wenn alle Ausbaustufen wie vorgesehen gebaut werden, so wird maximal 80% der organischen Abfallstoffe abgebaut werden. Dies heisst, dass 20% der Abwasser ungereinigt bleiben. Dies bedeutet, dass die Abwasser von ca. 1,5 Mio. EinwohnerInnen ungeklärt in den Bogotá-Fluss gelangen und den Fluss weiterhin hochgradig verschmutzen werden. Dieser ist heute in den kritischsten Abschnitten bereits völlig ohne Sauerstoff und ein potentieller Herd zur Übertragung von schweren Krankheiten, die insbesondere Kinder in Mitleidenschaft ziehen.

Welches wäre die Lösung? Vielleicht würde es sich lohnen, alle bisherigen Anstrengungen auszuwerten. Da die Anlage Salitre bereits teilweise fertig erstellt ist, ist es ratsam, alle vorgesehenen Ausbaustufen auch zu realisieren, damit der höchstmögliche Reinigungseffekt erzielt werden kann. Die in Canoas geplante Kläranlage könnte durch das vor 30 Jahren vorgeschlagene System ersetzt werden, womit die Abwasser in eine viel tiefer gelegene Region geleitet und dort behandelt würden, was weit wirtschaftlicher wäre.

Vielleicht wird diese Empfehlung nie umgesetzt werden, auch wenn sie von einem derart qualifizierten Konsortium kommt. Die Stadt Bogotá ist mit einigen Pharaonischen Bauwerken beschäftigt, die leider nur sehr bescheidene Resultate bringen werden. Auch wenn 15% der Grundstücksteuern für die Sanierung des Bogotá-Flusses bestimmt sein werden – wie es kürzlich geheissen hat – werden die technischen und finanziellen Probleme bei dieser Art von Abwasseraufbereitung weiter bestehen.

Wir schlagen vor, dass die Bevölkerung mindestens angemessen informiert wird. Die Bevölkerung muss wissen, dass auch die gigantischen Investitionen zur Sanierung des Bogotá-Flusses diesen nicht wiederherstellen können und der Magdalena weiterhin in grosser Gefahr ist. Man muss den Leuten die Wahrheit sagen. Der Bogotá-Fluss wird weniger verschmutzt sein, doch sein Zustand wird weiterhin sehr kritisch sein, auch wenn einmal die im Bau befindlichen und geplanten Reinigungsanlagen ihre Arbeit aufgenommen haben. Sich Illusionen zu machen, ist nicht gut und es ist besser, wenn die Leute informiert sind und nicht später die Enttäuschung kommt.

### **Abschluss der 1. Kampagne zur Verteidigung des Wassers**

*Mit dem Nationalen Treffen gemeinschaftlicher Trinkwasserversorgungen und dem Forum „Das Wasser in der Perspektive Kolumbiens und der Welt“ ging letzte Woche in Bogotá die Kampagne „Wasser – ein öffentliches Gut“ zu Ende.*

*Von Rafael Colmenares und Juan Camilo Mira, Ecofondo, rsp. Koordinator der Wasserkampagne*

Dieser Anlass war die erste nationale Aktion zur Verhinderung der Privatisierung des Wassers, denn bereits mehr als 50% der Wasserversorgung befindet sich in den Händen privater Unternehmen, mehrere davon multinationale Firmen.

Die Kampagne realisierte 16 regionale Foren, bei denen die Situation des Wassers und der Wasserversorgung in den verschiedenen Regionen analysiert wurde. Diese Foren erliessen „Erklärungen“ zu den wichtigsten Problemen in Bezug auf das Wasser und lehnten die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen und der Wasserquellen (Flüsse, Bäche, Feuchtgebiete und Seen) ab. Dies im Gegensatz zum Gesetzesprojekt 365 von 2005, welches eine Privatisierung des Wassers anstrebte, kürzlich aber zurückgezogen wurde. Diese Erklärungen wurden von 44'475 Unterschriften aus den verschiedenen Regionen unterstützt.

Am Schlussakt der Kampagne wurden die Unterschriften am 6. September 06 der 5. Senatskommission zusammen mit einem Brief übergeben, in welchem u.a. auf folgende Aspekte aufmerksam gemacht wird:

- Tausend Organisationen der Zivilgesellschaft, die am Forum präsent sind und eine signifikante Zahl der Personen, welche die Erklärungen unterzeichneten, bringen ihre grosse Besorgnis über die zunehmende Umweltzerstörung in Kolumbien und insbesondere der für den Wasserhaushalt strategischen Ökosysteme wie der Hochmoore (Paramos), der Nebelwälder, der Regenwälder und der Feuchtgebiete unserer vielfältigen und reichen Geografie zum Ausdruck.
- Die Verschmutzung der Quellen, Flüsse und Bäche, zusammen mit der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, schliesst mehr als 5 Millionen KolumbianerInnen vom Zugang zu Trinkwasser ab und weitere 13 Mio. befinden sich diesbezüglich in prekären Bedingungen.
- Das Land kommt beim Bau der Abwasserentsorgung nicht voran, welche eine gesunde Umwelt garantieren würde und die Klärung der Abwasser ist praktisch nicht vorhanden. Dadurch entsteht ein Teufelskreis von verseuchtem Trinkwasser, Wasserknappheit und Verschmutzung.

Im Brief heisst es zudem: „Das Wasser ist ein öffentliches Gut, da es für alle Lebewesen von vitaler Bedeutung ist. Das Wasser privaten Unternehmen zu übergeben, welche sich am Profit orientieren, heisst jene zum Ausschluss zu verurteilen, die die hohen Kosten, welche mit der Privatisierung einhergehen, nicht bezahlen können. Dies bedeutet eine Verschärfung der Armut.“

Die in den Monaten April, Mai und Juni 2006 durchgeführten Regionalen Foren wählten typische Fälle der Wasserproblematik aus, um erzieherische, informative und spielerische Aktivitäten zu entwickeln und Mobilisierungen durchzuführen. Bei diesen typischen Fällen handelt es sich: 1. Verteidigung der gemeinschaftlichen Wasserversorgung. Rund 20% der Bevölkerung Kolumbiens erhält das Trinkwasser über gemeinschaftliche Wasserversorgung. Diese ist durch private und staatliche Unternehmen gefährdet. 2. Opposition gegen Megaprojekte, welche die künstliche Verbindung von Quellgebieten und Flussläufen und den Bau von Staudämmen und Stauseen vorsehen. Hier soll vor allem der Widerstand gegen die Umleitung des Guarinó-Flusses zur Erweiterung des Kraftwerkes La Miel erwähnt werden. Durch diese Umleitung des Flusses würde sowohl die ländliche wie die städtische Bevölkerung von La Dorada im Dep. Caldas in Mitleidenschaft gezogen werden. Am 19. August 06 drückten mehr als 8'000 Personen, unter ihnen der Bürgermeister und Führungsleute von zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen ihre Ablehnung dieses Megaprojektes aus, das bereits die Umweltlizenz vom Umweltministerium erhalten hat. 3. Verteidigung, Wiederherstellung und angepasste Handhabung von Feuchtgebieten und Flüssen. Hier hat der Kampf der Fischer zur Wiederherstellung des Sumpfbereiches von Corralito in der Nähe von Cereté im Dep. Cordoba besondere Bedeutung erlangt. Dieses Sumpfbereich wurde zunehmend trocken gelegt, um so Weideland für die Viehzucht und anderes Anbaugelände zu gewinnen. So wurde das ursprünglich 728 Hektaren umfassende Feuchtgebiet auf 235 Hektaren reduziert. 4. Verteidigung des Menschenrechts auf Wasser, dies entgegen der Suspendierung oder Verweigerung der Wasserversorgung aufgrund der Privatisierung. So haben z.B. in Medellin 100'000 Menschen keinen Zugang zur minimalen Versorgung mit Wasser, welche für ein würdiges Leben notwendig ist.

Am Schlussakt der Kampagne nahmen die Alternative Nobelpreisträgerin von 2005 und Mitautorin des Buches „Das blaue Gold“, Maude Barlow, teil. Sie hielt zwei Vorträge. Darin vertiefte sie ihre Erläuterungen zu den Ursachen und Folgen der Privatisierung des Wassers durch multinationale Konzerne. Sie wies darauf hin, dass die Privatunternehmen ihr Versprechen, die Bevölkerung effizienter mit Wasser zu versorgen, nicht erfüllt haben. Dieses Scheitern wurde von UNO-

Generalsekretär Kofi Annan bestätigt. Sie rief die Weltbank auf, die Kreditvergabe nicht von der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen und des Wassers abhängig zu machen.

180 Gemeinschaftliche Wasserversorgungen nahmen an diesem 1. Nationalen Treffen teil, welches am 6. und 7. September stattfand. Sie machten in ihrer Erklärung u.a. darauf aufmerksam, dass „die gemeinschaftlichen Wasserversorgungen aufgrund ihrer Natur nicht in die aktuelle Gesetzgebung eingeschlossen werden können, da diese auf die Gewinngarantierung ausgerichtet ist. Deshalb muss für die gemeinschaftlichen Wasserversorgungen ein anderes Abkommen getroffen werden, das mit deren öffentlichen, partizipativen und gemeinschaftlichen Funktion des Wassers übereinstimmt“. Sie schlugen vor: „Das Wasser soll in der Verfassung für immer als öffentliches Gut und menschliches Grundrecht verankert werden“ und verlangten, dass sie als „autonome und legitime Organisationen anerkannt und respektiert werden, die nicht auf Gewinn ausgerichtet sind und ein öffentliches Erbe Kolumbiens sind“. Sie verpflichteten sich, sich auf regionaler und nationaler Ebene zu organisieren, um ihre Rechte als soziale Organisationen zu verteidigen, welche sich für den Schutz des Wassers und des Lebens einsetzen.

Am Forum „Das Wasser in der Perspektive Kolumbiens und der Welt“ wurden verschiedene Aspekte behandelt, so u.a. die Angebrachtheit eines Wassergesetzes. Dieses wurde vom Ex-Umweltminister Ernesto Ghul und dem Direktor von Ecofondo, Rafael Colmenares hinterfragt, während der Ex-Direktor von IDEAM, Pablo Leyva, auf die Komplexität des Wasserkreislaufes und die Notwendigkeit hinwies, dies in einer eventuellen Gesetzgebung zu berücksichtigen. Carlos Mario Gómez illustrierte die europäische Form des Umgangs mit dem Wasser. Die Nationale KonsumentInnen-Vereinigung AVOCAR lehnte eine Privatisierung des Wassers vehement ab. Schlussendlich wurde die besondere Rolle der Frau gegenüber der Problematik des Wassers von verschiedenen Frauenvertreterinnen analysiert, so u.a. von Pilar Trujillo, der Direktorin von ENDA-Lateinamerika und von der indigenen Stadträtin von Bogotá, Ati Quigua.

So endete eine Woche, in der voller Hoffnung auf die Möglichkeit hingearbeitet wurde, um die dicken Wolken, welcher sich über dem Recht aller Lebewesen auf Zugang zum Wasser zusammen brauen, vertreiben zu können. Die Kampagne brachte die Anstrengungen Kolumbiens mit den weltweiten Bemühungen in Einklang, das Recht auf den Zugang zu Wasser zu verteidigen. Dabei ist das Weltsozialforum ein Angelpunkt.